

II- 115 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 95 15

1979 -07- 09

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. KOHLMAIER, Dr. Schwimmer, Heinzinger  
und Genossen

an den Bundesminister für soziale Verwaltung

betreffend Überprüfung der Durchführung und Vorbereitung der  
Arbeiterkammerwahl 1979 hinsichtlich offensichtlicher Mißstände

Am 3. Juli 1979 hat die sozialistische Mehrheit gegen die  
Stimmen von ÖVP und FPÖ die Einsetzung eines Untersuchungs-  
ausschusses zur Untersuchung von Vorfällen im Zuge des  
Wahlverfahrens der Arbeiterkammerwahl 1979 und der damit  
verbundenen Aufdeckung der Mängel dieses Wahlverfahrens sowie  
von offensichtlichen Fällen der Wahlmanipulation abgelehnt.

Obwohl der nominelle Klubobmann Dr. Kreisky in der Regierungs-  
erklärung von verstärkter parlamentarischer Kontrolle gesprochen  
hat, hat die sozialistische Parlamentsfraktion gleich zu  
Beginn der Legislaturperiode gezeigt, daß es damit nichts  
werden wird.

Die Mängel des Wahlverfahrens bei den Arbeiterkammerwahlen  
sind aber derartig schwerwiegend, daß man mit der Ablehnung  
des Untersuchungsausschusses nicht zur Tagesordnung übergehen  
kann. Der Bundesminister für soziale Verwaltung hat als  
Aufsichtsbehörde über diese Angelegenheit zu wachen und  
vor allem gegen die mangelhafte Wählererfassung, sei es auch  
durch die von der ÖVP schon vor langem gemachten Vorschläge zur  
Verbesserung des Wahlverfahrens im Zuge einer Novellierung  
des Arbeiterkammergesetzes, zu ergreifen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung folgende

*A n f r a g e :*

- 1) Werden Sie als die dafür zuständige Aufsichtsbehörde die im Zuge der Vorbereitung und Durchführung der Arbeiterkammerwahl 1979 aufgetretenen Mängel einer eingehenden Prüfung unterziehen ?
- 2) Werden Sie die Tatsache, daß in einigen steirischen Bezirken SPÖ-Funktionäre, Sekretäre und Mitarbeiter nachweislich in den Wählerlisten doppelt aufgeschienen sind, einer Prüfung unterziehen ?
- 3) Wenn nein, aus welchen Gründen ?
- 4) Welche Stellungnahme beziehen Sie zum Thema dieser nachweislichen Doppelerfassungen ?
- 5) Was beabsichtigen Sie zu unternehmen, um das Problem der mangelhaften Wählererfassung bei Arbeiterkammerwahlen einer Lösung zuzuführen ?
- 6) Sind Sie bereit, die bisherige frühzeitige Mandatsverteilung, die zu Verzerrungen der im Zeitpunkt der Wahldurchführung tatsächlich gegebenen Situation bei den Wahlkörpern der Arbeiter und Angestellten führt, abzulösen ?
- 7) Sind Sie bereit, die bisherige willkürliche Sprengelteilung im Rahmen einer Gesetzesnovellierung zu verbessern ?

- 3 -

- 8) Was werden Sie unternehmen, um die unzureichenden Einspruchsmöglichkeiten, durch die es dem einzelnen Arbeitnehmer oft unmöglich gemacht wird, einen Einspruch zu erheben, zu verbessern ?
- 9) Werden Sie darüberhinaus einen Vorschlag dahingehend unterbreiten, daß bei der Besetzung der Wahlbüros auch die Minderheit eine ausreichende Berücksichtigung findet ?
- 10) Sind Sie bereit, die Bestimmungen über die Wahlberechtigung bei geringfügiger Beschäftigung einer Revision zu unterziehen, um dem Eingehen von Schein-Dienstverhältnissen, wie dies offensichtlich in Tirol der Fall gewesen ist, einen Riegel vorzuschieben ?